





dbb regional *magazin*

September 2017 • 24. Jahrgang

9

 Mecklenburg-Vorpommern
 Sachsen
 Sachsen-Anhalt
 Thüringen

Teure Schullaufbahn:

Im Osten günstiger





Teure Schullaufbahn:

Im Osten günstiger

Eltern und Kinder fiebern diesem besonderen Tag gleichermaßen entgegen. Wenn je nach Bundesland im August oder September die Schultüten befüllt werden, ist die Aufregung groß. Die Einschulung ist eine echte Zäsur: für die Mädchen und Jungen, die von da an die Schulbank drücken und sich immer neuen Herausforderungen stellen müssen, aber ebenso für die Eltern oder Alleinerziehenden. Sie sind gefordert, den „lieben Kleinen“ mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und auch für die materiellen Grundlagen einer erfolgreichen Schullaufbahn zu sorgen.

Es gilt: Bildung kostet. Für ein Schulleben in Deutschland – von der ersten Klasse bis zum Abitur – müssen im Schnitt rund 20 700 Euro aufgebracht werden. Eine aktuelle Studie im Auftrag des Vergleichs- und Shoppingportals „idealo“ hat jetzt Schulausgaben in den Bundesländern genauer unter die Lupe genommen und dabei erstaunliche Ergebnisse zutage gefördert. So zeigte sich, dass die Kosten für Einschulung, Erstausrüstung, Schulbücher und -essen, Verkehrstickets, Arbeitsmaterialien und die Aufwendungen für Klassenfahrten und Hortbetreuung von Land zu Land deutlich differieren: In Niedersachsen ist der Erhebung zufolge ein zwölfjähriges Schulleben am teuersten. Mit 27 300 Euro liegt das Land im Vergleich knapp 32 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Dagegen schlagen die Ausgaben für den Schulbesuch in Mecklenburg-Vorpommern nur mit 14 900 Euro zu Buche und sind damit bundesweit am güns-

tigsten. Das liegt vor allem an den niedrigeren Hortkosten und an der sogenannten Lehrmittelfreiheit, wie es sie auch in einigen anderen Bundesländern gibt: Schulbücher sind kostenfrei.

Überhaupt schneiden die ostdeutschen Länder in diesem Kostenvergleich gut ab, denn im Ranking besetzen sie die letzten Plätze; Mecklenburg-Vorpommern ist auf Rang 16 das positive Kosten-Schlusslicht. In Sachsen-Anhalt werden 15 857 Euro für eine komplette Schullaufbahn fällig (Rang 13), in Thüringen 15 043 Euro (Rang 14) und in Sachsen 15 022 Euro (Rang 15). Dagegen drängeln sich die „alten Länder“ an der Spitze der Schulkosten-Aufwendungen. Nach Niedersachsen auf Platz eins folgen Hamburg, Bremen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Hessen, das Saarland, Bayern, Baden-Württemberg (mit Summen zwischen knapp 27 000 und 19 000 Euro) und Schleswig-Holstein,

wo mit 18 623 Euro immer noch deutlich mehr Kosten anfallen als in Ostdeutschland.

Wie kommen nun diese „Preisunterschiede“ zustande? Das macht die Studie anhand von Einzelpositionen deutlich. Beim angemessenen Feiern des „Starts in das Schulleben“ hat ausnahmsweise der Osten die Nase vorn. Hier werden zur Party durchschnittlich 15 Personen, im Westen zehn eingeladen. Ostdeutsche Familien gehen mit ihren ABC-Schützen zudem eher in ein Restaurant, Westdeutsche bleiben lieber in den eigenen vier Wänden. So veranschlagt die Studie durchschnittliche Kosten von 300 Euro für eine Einschulungsfeier im Osten, 200 Euro für das Pendant im Westen.

■ 50 Euro in der Tüte

Natürlich gehört zur Feier auch eine gut gefüllte Schultüte. Für deren Inhalt geben Eltern etwa 50 Euro aus, durchschnittlich

> Die Umfrage ...

... „So viel kostet ein Schulleben in Deutschland“ wurde von Research Now im Auftrag des Vergleichs- und Shoppingportals idealo durchgeführt und Ende Juli 2017 veröffentlicht. Die Berechnungen basieren den Angaben zufolge auf offiziellen Daten pro Bundesland.

15 Euro kommen für die Tüte selbst (egal ob gekauft oder selbst gebastelt) hinzu. Neben Süßigkeiten wandern Schulmaterialien wie Hefte und Stifte, aber auch Spielsachen, Bücher und CDs in die Zuckertüte. Viel tiefer in die Tasche greifen müssen Erziehungsberechtigte oder Verwandte für den ersten Ranzen. Die Durchschnittskosten liegen bei 160 Euro und machen so etwa ein Drittel des Gesamtfinanzaufwandes zur Einschulung aus.

Danach sind die Ausgaben in den Ländern sehr unterschiedlich. Kostenfaktor Nummer eins ist zwar hüben wie drüben die Hortbetreuung. Da die Preise dafür jedoch regional festgelegt werden, geht die Kosten-schere hier besonders weit auseinander. Zumeist wird der zu zahlende Betrag auf der Grundlage des gesamten Bruttohaushaltseinkommens berechnet,

auch die Betreuungszeiten fließen ein. Hier zeigt sich ebenso ein deutliches West-Ost-Gefälle: Während sich für Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Berlin Hortkosten von mehr als 10 000 Euro im Lauf eines Schullebens ergeben, müssen Familien in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen nur um die 3 300 Euro dafür ausgeben. Allen gemeinsam ist: Die ersten sechs Schuljahre sind die teuersten.

➤ Vorteil Lehrmittelfreiheit

Mit Blick auf den Erwerb der notwendigen Schulbücher hat Glück, wer in Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Schleswig-Holstein oder auch in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen oder Thüringen wohnt. Dort herrscht Lehrmittelfreiheit, das heißt: Schülerinnen und Schüler bekommen ihre Lehrbücher kostenlos. Der Blick auf andere Bundesländer macht ein „föderales Durcheinander“ sichtbar. So gibt beispielsweise das Saarland vor, dass Schulbücher selbst gekauft werden müssen. Alternativ können sie ausgeliehen werden – gegen eine Gebühr, die für jede Schule und Schulform unterschiedlich sein kann und vom Bildungsministerium festgelegt wird. Auf diese Weise summieren sich die Ausgaben auf über 1 500 Euro, was dem Saarland Platz eins in der Lehrbuch-Kostentabelle einbringt. In Brandenburg gelten komplett andere Regeln, hier werden dadurch lediglich 272 Euro fällig. In Sachsen-Anhalt müssen rund 460 Euro für diesen Posten bezahlt werden. Damit liegt das Land im „guten Mittelfeld“, nämlich auf Platz sechs. Als Bundesdurchschnitt geben die Autoren der Studie immerhin rund 708 Euro für Schulbücher an. Der Erhebung wurden exemplarische Schulbuchlisten zugrunde gelegt, der jeweilige Eigenanteil wurde auf Basis der in den Ländern geltenden gesetzlichen Regelungen errechnet.

➤ Info

Für das Schulsystem in Deutschland sind aufgrund der föderalistischen Struktur die Bundesländer zuständig. Die jeweiligen Kultusministerien legen die Lehrpläne fest. Kommunen verantworten die Schulausstattung, Lehrmittel und auch die Organisation der Essensverpflegung. All das wird jedoch häufig an die Schulträger selbst übergeben, die Folge sind große Preisschwankungen. Deshalb haben sich die Autoren der Studie an durchschnittlichen Kosten orientiert.

„Nicht ohne“ sind auch die Summen, die im Laufe einer Schulkarriere für das Schulesen und die alljährlichen Klassenfahrten auf den Tisch gelegt werden müssen: insgesamt durchschnittlich mehr als 5 600 Euro. Auch für diese Gelder gibt es keine länderübergreifenden, vereinheitlichten Regeln, sodass die Ausgaben von Land zu Land stark variieren. Bei der Betrachtung der Kosten für die Schulpflege wurden die ersten sechs Jahre berücksichtigt, da vor allem ältere Kinder oft nicht mehr am Schulesen teilnehmen und sich lieber außerschulisch versorgen. Auch hier liegt das Saarland mit 4 284 Euro an der Spitze, gefolgt von Hamburg, Baden-Württemberg und Berlin. In Sachsen-Anhalt kommt man auf 2 747 Euro (Rang fünf), Thüringen folgt mit rund 2 722 Euro auf Platz sechs, Mecklenburg-Vorpommern auf Rang elf mit rund 2 495 Euro, Tabellenschlusslicht ist mit rund 1 865 Euro Sachsen.

„Muss das sein?“, fragen viele Eltern angesichts der Klassenfahrtziele, die vor allem ältere Schulkinder gern ins Auge fassen. Denn während Grundschulkindern zumeist noch mit einem Ausflug ins Umland zufrieden sind, wollen Mädchen und Jungen höherer Klassen-

stufen gern in die Ferne reisen. Zwar wird das Ziel meist vom Lehrer vorgeschlagen und muss von der Schulleitung abgesegnet werden, aber es gibt im Prinzip keine festgelegte Obergrenze für die Kosten. Viele Familien – und erst recht Alleinerziehende – stöhnen, wenn sie als Wunschziele London oder gar die USA hören. Einige Schulen sind dazu übergegangen, die Ausgaben zu deckeln. Sind die Kosten aus Sicht der Erziehungsberechtigten dennoch nicht tragbar oder schätzen sie diese als unverhältnismäßig hoch ein, bleibt nur der Einspruch auf dem Elternabend. Nichtsdestotrotz werden für Klassenfahrten sowohl in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt als auch in Sachsen und Thüringen rund 3 000 Euro ausgegeben.

➤ Riesenunterschiede bei Bus und Bahn

Gleichfalls im vierstelligen Bereich bewegen sich die Gesamtkosten für Schülertickets zur Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Während Grundschulkindern in der Regel noch von den Eltern zur Schule gebracht werden oder aufgrund der Nähe laufen oder Fahrrad fahren, kann die Strecke bis zur Oberschule schon länger sein. Außerdem werden Kinder mit steigendem Alter selbstständiger und wollen flexibler sein. Für die Untersuchung wurden deshalb die Klassen fünf bis zwölf zugrunde gelegt (für Berlin und Brandenburg, wo die Grundschule bis zur sechsten Klasse dauert, von Klasse sieben bis zwölf). Auf immerhin rund 3 600 Euro belaufen sich die Ticketkosten, und auch hier gilt: Sie sind im Westen höher als im Osten. Rheinland-Pfalz ist mit 5 971 Euro Spitzenreiter. Erstes ostdeutsches Land ist Thüringen auf Rang sechs der Tabelle; dort müssen mit rund 3 706 Euro über 2 000 Euro weniger aufgebracht werden. Sachsen (3 580 Euro), Sachsen-Anhalt (3 476 Euro) und Mecklenburg-

Vorpommern (3 226 Euro) bewegen sich in der unteren Hälfte des Rankings.

In zwölf Jahren Schulleben müssen natürlich auch diverse Arbeitsmaterialien – vom Schreibutensil über den Schulrucksack bis zur Sportausrüstung – beschafft werden. Dafür werden in der Untersuchung rund 2 400 Euro veranschlagt. Allerdings räumen die Autoren ein: „Die Ausgaben sind genauso individuell, wie jedes Schulkind selbst.“ Je nach Schule und Digitalisierung könne der Bedarf auch deutlich niedriger oder höher ausfallen. Wer wissen will, wie sich die künftigen Schulausgaben fürs Kind entwickeln, kann sich auf www.idealo.de/info/de/schulkosten informieren. Als Antwort auf die Frage „In welche Klasse kommt dein Kind?“ lassen sich per Click Angaben dazu finden, „Was dich die Schule noch kosten wird“.

cok

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030. 4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Cornelia Krüger (leitende Redakteurin)

Verantwortliche Redakteure für: Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Beatrice Hala
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe
Thüringen: Birgit Christina Drischmann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: © colourbox.de

Verlag: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannan, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Anzeigentarif Nr. 20, gültig ab 1.10.2016

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern



> Maika Friemann-Jennert (MdB), Waltraud Ehlers (BSBD), Hans-Jürgen Papenfuß (BSBD), Sebastian Ehlers (MdB), Helmut Halwachs (BSBD) und Eckhardt Rehberg (MdB) (von links).

BSBD-Landesvorstand im Gespräch mit CDU-Abgeordneten:

Aktiv für den Justizvollzug

4

Mecklenburg-Vorpommern

Am 14. August 2017 trafen sich Vertreter des Landesvorstandes des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) mit den CDU-Landtagsabgeordneten Maika Friemann-Jennert und Sebastian Ehlers, beide Mitglieder im Arbeitskreis Recht der CDU und im Rechtsausschuss des Landtages, sowie dem Bundestagsabgeordneten Eckhardt Rehberg.

Der BSBD wurde durch seinen Landesvorsitzenden Hans-Jürgen Papenfuß, dessen Stellvertreter Helmut Halwachs sowie die Seniorenbeauftragte Waltraud Ehlers vertreten.

Die Gewerkschafter nutzten die Gelegenheit, aktuelle Themen anzusprechen, konnte den Abgeordneten aber keine konkreten Versprechungen und Zusagen abringen. Papenfuß hob die gute Kommunikation mit der neuen Justizministerin Katy Hoffmeister (CDU) hervor: „Sie ist für uns ansprechbar und setzt sich aktiv für die Belange des Justizvollzuges und der Bediensteten ein.“ Der Fokus des Gesprächs lag insbesondere auf folgenden Themen: Stellenplan und Besetzung im Justizvollzug nach dem StVollzG M-V – Es fehlen Bedienstete im Justizvollzug, insbesondere im Allgemeinen Vollzugsdienst (AVD, Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt), aber auch in der

Ausbildung zum gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst (in der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt). Nachdem hier in den letzten vier Jahren vier Anwärterinnen und Anwärter ausgebildet wurden (hochwertige Ausbildung in NRW), gibt es trotz absehbarer und vorhandener Engpässe wieder keine neuen Auszubildenden. Zunehmend wird es auch schwieriger, Stellen für Diplom-Psychologen im Vollzug zu besetzen.

Gleichstellung der Bediensteten des Allgemeinen Vollzugsdienstes (Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt) mit der analogen Laufbahngruppe bei der Landespolizei M-V – dies insbesondere im Hinblick auf Beförderungsmöglichkeiten, die Gleichstellung der Vollzugszulagen – Polizei und Justizvollzug – sowie die Ausstattung mit angemessener Dienstbekleidung.

Dienstbekleidung – Es gibt für den AVD und die Gerichtswachtmeister zu wenig Bekleidungs-geld.

Dienstpostenbewertung – Die Ergebnisse der Dienstpostenbewertung sowie AGOP (Arbeitsgruppe zur Optimierung des Personaleinsatzes) ruhen derzeit im Justizvollzug M-V. „Alles Folgen der achtjährigen Amtszeit von Justizministerin Uta-Maria Kuder?“, fragte der BSBD provokant.

Landesamt für ambulante Straffälligenarbeit (LaStar) – Bewährungshilfe ist hier ein wichtiges Thema, ebenso wie die forensische Ambulanz. Es gibt eine permanente Unterbesetzung und offene Stellen.

Gerichtswachtmeister – Diese sind im einfachen Dienst eingruppiert, es fehlen Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Der BSBD fordert die

Öffnung der Laufbahn der Gerichtswachtmeister aufgrund der hinzugekommenen Aufgaben und Verantwortung der Gerichtswachtmeister in den Mittleren Dienst.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gesprächsrunde waren sich darüber einig, dass dem Thema Personalgewinnung eine wachsende Bedeutung zukommt. „Die Arbeit im Justizvollzug und der Justiz ist nicht unattraktiv, wird aber leider oft, insbesondere in den Fachabteilungen im Justizministerium und in der Presse, nicht angemessen dargestellt“, kritisierte Papenfuß.

Weiter diskutierten die Teilnehmer über die Zukunft der JVA Neubrandenburg, über die es möglicherweise im Herbst 2017 Klarheit geben wird.

Rostocker Straßenbahn AG: Ziel erreicht – Tarifabschluss!

In der dritten Runde und nach rund 18 Stunden Verhandlungsmarathon haben sich die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und die Rostocker Straßenbahn AG (RSAG) am 8. August 2017 auf einen Tarifabschluss geeinigt.

Dieser schien lange nicht erreichbar, da sich die RSAG zunächst nicht in der Lage sah, die neuen Planungsparameter „Mehr Plan, mehr Leben“ anzuwenden. Nach intensiven Diskussionen werden diese nun wie folgt umgesetzt:

Einführung des Jahresruhetags- und Urlaubsplans zum 1. Januar 2018 und damit einhergehend Verbesserungen bei der Qualität der Wochenendruhen sowie Einführung der Monatsplanung mit Ablauf des 31. Dezember 2018 und

der Wochenplanung ein halbes Jahr später.

Weiter wurde vereinbart:

- > Einführung der bekannten Regelungen bei traumabedingter Fahrdienstuntauglichkeit für Lokomotivführer und Zugbegleiter,
- > Einführung einer Überstundengrenze bei 80 Stunden pro Jahr,
- > Ausdehnung des Anspruchszeitraums für die Nachtzulage auf 21 bis 6 Uhr ab 1. September 2017,

- > Erhöhung der Entgelte der Lokomotivführer rückwirkend zum 1. April 2017 um 2,5 Prozent,
- > Anbindung der Zugbegleiter an die derzeit gültige Referenztabelle und damit einhergehend eine neue Anbindung von bis zu 99 Prozent.

Die Strukturverbesserungen der Entgelttabellen erlangen im ersten Schritt volle Wirksamkeit zum 1. April 2018. Die Verbesserungen beim Urlaub und beim Zeitzuschlag für

Nachtarbeit treten ab dem 1. Januar 2018 in Kraft.

Kombiniert mit einer Anwendungsgarantie des Tarifvertrages unabhängig vom Tarifeinheitsgesetz für die Dauer der Laufzeit bis zum 31. März 2019 ist es also ein rundes Paket. Aus diesem Grund hat die Tarifkommission dem Verhandlungsergebnis noch am Morgen einstimmig zugestimmt.



© Felix O

VAB-Bereichsvorstand: Treffen in Schwerin

Vom 13. bis 14. Juli hatte der Bereichsvorsitzende des Verbands der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB), Karsten Stelk, zur Bereichsvorstandssitzung nach Schwerin in die dbb Landesgeschäftsstelle eingeladen.



©dbb m-v

> Dietmar Knecht, Karsten Stelk, Uwe Busack, Simone Drenkhahn, Dietlind Marquardt, Sandra Bruhn und Steffi Somerfeldt (von links).

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht begrüßte die Gäste, umriss die Historie des Gebäudes der Geschäftsstelle und berichtete über die aktuellen Aufgaben des dbb m-v. Das Hauptthema der Vorstandssitzung war die Vorbereitung der Bereichswahlen, die vom 25. bis 27. September in Krummbek stattfinden werden.

Nach der Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der einstimmigen Genehmigung der Tagesordnung ging es an die Arbeit: Zunächst wurden Ideen und Vorschläge zusammengetragen, und man verständigte sich über den Veranstaltungsablauf, die Administration, die Gästeliste und Teilnehmer. Ein weiteres Thema war der 9. Ordentliche Verbandstag des VAB

2018 in Königswinter. Die Zahl der stimmberechtigten und Gastdelegierten wurde ermittelt. Weiter wurden Anträge an den Verbandstag und Initiativen für Satzungsänderungen diskutiert. Hier ging es beispielsweise um die Angleichung der Entgelttabellen, die Forderung nach einem Mindestbetrag für untere Entgeltgruppen, die Forderung, Reisezeit und Arbeitszeit gleichzusetzen, sowie die Angleichung TVöD West/Ost.

Weiter diskutierten die Teilnehmer des Treffens die Fusion von VAB und VBB: Grundsätzlich sehe man die geplante Fusion als eine positive Sache, aber nur, wenn zwei Säulen, nämlich der Arbeitnehmerbereich und der Beamtenbereich, als gleichberechtigte Partner zusammenfänden. Eine entsprechende Stellungnahme wurde erarbeitet und soll dem VAB-Bundesvorsitzenden Herbert Schug zugeleitet werden.



BDZ sportlich:

Volleyball und Kicken für den guten Zweck

Das inzwischen 14. Haus- und Hoffest des Hauptzollamtes Stralsund – Kontrollraum Rostock – am 14. Juli 2017 war ein voller Erfolg.

17 Mannschaften von verschiedenen Dienststellen der Zollverwaltung, der Bundespolizei, der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben nahmen an dem schon traditionellen Volleyballturnier teil. Rechtzeitig hatte sich eine Schlechtwetterfront verzogen und Spielerinnen und Spieler sowie Fans konnten sich bei tollem Wetter an aufregenden Matches erfreuen.

Mit der Unterstützung durch den dbb m-v, den Bezirksverband Nord im BDZ und den Kooperationspartner BBBank wurde die Veranstaltung begleitet. So wurde die Torwand des Ortsverbandes Rostock des BDZ unter der bewährten Leitung des Ortsverbandsvorsitzenden Heiko Look für einen guten Zweck „beschossen“. Der Erlös des Torwandschießens kam dem Rostocker Hospiz zugute, das in diesem Jahr einen



© dbb m-v (2)

ehemaligen Kollegen begleitet hat. Sieger des Torwandschießens war Hauke Ohm von der Volleyballmannschaft „Partiret adimere“. Diese Mannschaft war im Volleyball nicht so erfolgreich wie Ohm im Torwandschießen und belegte den Platz 14 in der Gesamtwertung.

Sieger des Volleyballturnieres war die Mannschaft der Polizeiinspektion Rostock, gefolgt auf Platz zwei von den Kolle-

ginnen und Kollegen der Kontrolleinheit 31 Usedom und auf Platz drei von den Wettkämpferinnen und Wettkämpfern der Kontrolleinheit 21 Rostock. Auch das Servicecenter Rostock nahm mit einer Mannschaft an dem Turnier teil. Die Kolleginnen und Kollegen des Arbeitsbereiches Beihilfe des Servicecenters ließen es sich nicht nehmen, ihre Wettkämpfer im Rahmen ihres Betriebsausfluges gehörig anzufeuern.

VBB:

Grillfest in Rostock

Das Grillfest der Standortgruppe Rostock gehört zu den festen Terminen im Veranstaltungskalender des VBB Mecklenburg-Vorpommern. Neben leckerem Grillgut kommt dabei auch die Berufspolitik nicht zu kurz.

Unter den wie immer zahlreichen Gästen begrüßte der Vorsitzende der Standortgruppe, Frank Wilcke, den Bundesvorsitzenden des

Verbandes der Beamten der Bundeswehr e. V. (VBB), Wolfgang Kamm, und den Bereichsvorsitzenden Peter Maschmeyer. Darüber hinaus ist es

mittlerweile eine gute Tradition, auch Mitglieder des Schwesterverbandes, des Verbandes der Arbeitnehmer der Bundeswehr e. V. (VAB), einzu-

laden, die der Einladung auch zahlreich gefolgt waren.

Nach der allgemeinen Begrüßung und Ausführungen zu

den Aktivitäten der Standortgruppe übergab Frank Wilcke das Wort an den Bundesvorsitzenden Wolfram Kamm. Von Stichworten wie Bündelung der Dienstposten im gehobenen Dienst, Besetzung von leitenden zivilen Dienstposten mit Soldaten und der Einführung eines „Compliance Management Systems (CMS)“ spannte sich der Bogen zu verbandspolitischen Aktivitäten des VBB. Gerade mit der in Aussicht stehenden Umsetzung der Bündelung von Dienstposten im gehobenen Dienst scheint eine jahrelange

Forderung des Verbandes kurz vor der Umsetzung zu stehen. In allen Organisationsbereichen des Verteidigungsressorts ist die Bündelung ein probates Instrument, trotz des Rückzuges der Bundeswehr aus der Fläche zumindest ein „mittleres Laufbahnziel“ A 11 für alle Kolleginnen und Kollegen des gehobenen Dienstes möglich zu machen. Erweiterungen der Bündelungsmöglichkeiten, beispielsweise im gehobenen technischen Dienst oder bei den Sozialberatern, habe der Verband bereits thematisiert. Die Besetzung des Dienstpostens des Leiters

CMS mit einem Soldaten habe die Bundesleitung neben einigen weiteren, gleichgelagerten Fällen im Rahmen eines Gespräches mit der Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, angesprochen. Nach Ansicht des VBB sei es nicht hinnehmbar, dass vermehrt leitende, zivile Dienstposten innerhalb und außerhalb des Ministeriums mit Soldaten besetzt würden. Eine solche Verfahrensweise konterkariere die Vorgaben des Grundgesetzes nach einer selbstständigen Bundeswehrverwaltung zunehmend.

Zu den weiteren wichtigen Themen des Verbandes gehören auch die Gespräche mit dem VAB zu einer möglichen Fusion beider Verbände. Hierzu berichtete der Bundesvorsitzende zum aktuellen Sachstand.

In diesem Zusammenhang wurde klar, dass die anwesenden Mitglieder des VAB einer Fusion mit dem VBB positiv gegenüberstehen.

Mit guten Gesprächen bei ebenso guter Verpflegung wurde die Standortgruppenversammlung fortgesetzt. ■

> GDL-Jugend: Kindheitstraum erfüllt



Lokführer zu werden, ist auch heute noch für viele Jüngere ein Kindheitstraum. Diesen Traum haben sich fünf junge Männer im Juli 2017 erfüllt. Nach drei langen und anstrengenden Jahren der Ausbildung haben sie die Prüfungen zum Lokführer bestanden. Gemeinsam mit dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht sowie dem stellvertretenden Bezirksvorsitzenden der GDL, Volker Krombholz, und vielen anderen Gästen wurde dies am 27. Juli im Bahnbetriebswerk der DB Regio AG Nordost in Rostock mit Unterstützung des dbb, der GDL sowie der DEVK gebührend gefeiert. Die fünf jungen Lokführer sind allesamt GDL-Mitglieder. Anlässlich ihres Ausbildungsabschlusses hatten sie rund 50 Gäste eingeladen, darunter waren Ausbildungsloführer, Kollegen, Teamleiter, Betriebsratsmitglieder sowie Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung. Am eigens für solche Anlässe zum Barwagen umgebauten Bahnwaggon wurden bis in den späten Abend beim Grillen anregende Gespräche geführt und auch das ein oder andere Bier getrunken.

Erik Knochenhauer

> DPVKOM: Sommerliche Mitgliederexkursion

Am 19. August 2017 führten die Ortsverbände Wismar, Schwerin und Rostock der DPVKOM Mecklenburg-Vorpommern ihren traditionellen Mitgliederausflug durch. 58 Mitglieder machten sich mit dem Bus auf die Reise nach Lychen. Während einer Floßfahrt erzählte der Kapitän Interessantes aus der Geschichte der Flößerstadt Lychen, bevor die Flößerei Treibholz deftigen Kesselgulasch zum Mittag servierte.



> Die historische Museumsmühle in Boitzenburg, klassisch angetrieben mit Wasserkraft.

Nachmittags fuhren die Teilnehmer weiter nach Boitzenburg zur Besichtigung des gleichnamigen Schlosses. Im Mühlenmuseum führte der Museumsmüller in einem Rundgang durch die Mühle.

Die DPVKOM bedankt sich für die Unterstützung durch die BBBank, deren Regionalbevollmächtigter öffentlicher Dienst Jens Lange als Gast an der Exkursion teilnahm, sowie bei allen Helfern, die diesen Ausflug zu einem tollen Event gemacht haben.

Ralf Reinhardt, Sprecher der Betriebsräte



Kongress des SBB:

Sachsen 2030 – Wie gut sind wir aufgestellt?

Am 26. Oktober 2017 findet der zweite Kongress des SBB und der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Dresden statt.

Der öffentliche Dienst des Freistaates steht vor einem Umbruch. Bis zum Jahr 2030 werden über die Hälfte der derzeit aktiven Bediensteten in den Ruhestand treten. Was bedeutet das für die öffentliche Verwaltung? Wie gehen die verbleibenden Bediensteten damit um? Was bedeutet das für die Bürger, die sächsische Wirtschaft und letztlich für den Freistaat? Die Herausforderungen sind klar umrissen: Eine solide Haushaltswirtschaft, ein generelles Neuverschuldungsverbot und die demografische Entwicklung setzen Grenzen. Auf der anderen Seite stehen ein gesetzlicher Auftrag und die Erwartungshaltung der Bürge-

rinnen und Bürger an dessen hochwertiger Erfüllung. Im Fokus befinden sich die Bediensteten der öffentlichen Verwaltung.

Die vom Kabinett auf Grundlage des Koalitionsvertrages eingesetzte „Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung“ hat in ihrem Abschlussbericht fundiert dargestellt, wie der öffentliche Dienst in Sachsen aktuell aufgestellt ist. Sie hat die Herausforderungen der nächsten Jahre klar benannt.

Kann die öffentliche Verwaltung ihre Aufgaben auch künftig in hoher Qualität wahrneh-

men? Welchen Weg geht der Freistaat bis 2030? Sind wir dafür strukturell, finanziell und personell gut aufgestellt?

Mit einem Rückblick auf die durchgeführte Verwaltungs- und Kommunalreform 2008, einen Ausblick auf Sachsen 2030 und unter Bezugnahme auf die Handlungsempfehlungen der Personalkommission soll diskutiert werden, wie eine langfristig ressourcengerechte und leistungsstarke Ausstattung des öffentlichen Dienstes in Sachsen erreicht werden kann. Wie kann es gelingen, einen gemeinsamen Weg mit Politik, Verwaltung und Bediensteten zu gehen, auf dem der Freistaat auch in 2030 noch gut aufgestellt ist?

Als Referenten stehen der Staatsminister und Chef der

Sächsischen Staatskanzlei, Dr. Fritz Jeackel, Christian Schramm, OB a. D. und langjähriger Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, sowie Hans-Dieter Kretschmann, AL II vom Statistisches Landesamt, zur Verfügung. In der Podiumsdiskussion stellen sich Frank Kupfer, Fraktionsvorsitzender CDU, Dirk Panter, Fraktionsvorsitzender SPD, Dietrich Gökelmann, Präsident Landesdirektion Sachsen, und Prof. Dr. Frank Nolden, Rektor der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (FH), Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen (HSF) in Meißen, den Fragen des Moderators.

Durch den Abend führen Dr. Joachim Klose, Landesbeauftragter KAS, und Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB. ■

Gespräche zur Beamtenbesoldung: Faire Lösung für alle

Am 28. August 2017 fand das zweite Gespräch zur Beamtenbesoldung im sächsischen Finanzministerium statt. Inhalt der Gespräche war die Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes zur verzögerten Ost-West-Anpassung und zur Besoldungsanpassung von 2008.

Für den SBB saßen dessen Landesvorsitzende Nannette Seidler und Hans-Ulrich Benra, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik, am Verhandlungstisch. „Wir sind mit Finanzminister Prof. Dr. Georg Unland und anderen Gewerkschaftsvertretern im Gespräch“, so Seidler. Bisher haben zwei Arbeitstreffen stattgefunden. „Wir wollen eine verfassungskonforme und faire Lösung für alle. Nicht nur für die Widerspruchsführer, sondern für uns alle ist es wichtig, aus dem Be-

schluss Grundsätze für künftige Gespräche zu vereinbaren. In allen Themen sind wir auf einem guten Weg!“

Das Bundesverfassungsgericht hatte mit Beschluss vom 23. Mai 2017, verkündet am 7. Juli 2017, festgestellt, dass sowohl die seinerzeitige, um zwei Jahre verzögerte Ost-West-Anpassung ab Besoldungsgruppe A 10 aufwärts als auch die um vier Monate verzögerte Übertragung des Tarifergebnisses in 2008 zu Lasten der Besoldungsgruppen



> Hans-Ulrich Benra und Nannette Seidler bei der Vorberechnung zum Termin mit dem Finanzminister im Finanzministerium.

ab A 10 aufwärts in Sachsen verfassungswidrig ist.

Das Gericht hat dem Landesgesetzgeber die Änderungen des Besoldungsgesetzes bis zum 1. Juli 2018 aufgegeben.

> SBB Frauen hinterfragen!

Alle, die an „**Tipps und Tricks für Ihre Sicherheit am Arbeitsplatz**“ interessiert sind, lädt die Frauenvertretung des SBB zu einer Informationsveranstaltung am **28. September 2017** in **Dresden** ein.

Nähere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite www.sbb.de/ueber-uns/frauen.

SBB-Kommission Beamtenrecht und Besoldung: Neustart – los geht's

Die Arbeit des SBB wird im Wesentlichen durch die Tätigkeiten der Mitglieder der Landesleitung und des Landesvorstandes geprägt.

Neben diesen Gremien gibt es die Querschnittsvertretungen wie Frauen, Jugend und Senioren sowie verschiedene Kommissionen und Arbeitsgruppen. Die Kommissionen befassen sich vor allem mit Fachthemen.

Aufgrund personeller Veränderungen hat sich die Kommission Beamtenrecht und Besoldung im Frühjahr 2017 neu aufgestellt. Derzeit besteht die Kommission aus acht Mitgliedern verschiedener Gewerkschaften. Den Vorsitz hat Karen Siwonia (DSTG) übernommen. Vertreten wird sie durch Claudia Raum (SLV).



> Karen Siwonia (DSTG), Uwe Hehr (stellvertretender Landesvorsitzender SBB), Roswitha Wiest (BTB) und Claudia Raum (SLV) von links.

Aufgabe der Kommission ist die Befassung mit allen Themen rund um das Berufsbeamtentum. Als Spitzenorganisation wird der SBB nach § 119 SächsBG an der Vorbereitung allgemeiner Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse beteiligt und gibt zu geplanten Regelungen Stellungnahmen ab. Die Vorbereitung solcher Stellungnahmen gehört zu den Hauptaufgaben der Kommission. Darüber hinaus beteiligt sich die Kommission aktiv an der Weiterentwicklung und Ausgestaltung des Beamtenrechts im Freistaat Sachsen.

DPolG Sachsen:

Einsatz in Herzensdingen

Kinderaugen leuchten, die Sorgen sind für einen Tag vergessen – die DPolG Sachsen machte dies beim ersten Blaulichttag im Kinderhospiz Bärenherz in Markkleeberg mit möglich.

Bereits 2016 hatte der Justizbeamte und Notfallseelsorger Tommy Schmidt die Idee, einen Blaulichttag im Kinderhospiz Bärenherz Leipzig e. V. durchzuführen. Die schwer erkrankten Kinder, ihre Familien und Gäste sollten einen unbeschwertem Tag genießen. Das Motto des Tages war schnell gefunden: „Träume erfüllen – heute bist du der Held!“

Die Schirmherrschaft übernahm der Kreisfeuerwehrverband des Landkreises Leipzig. Es konnten die Polizei, verschiedene Feuerwehren, der Katastrophenschutz, der Rettungsdienst, das THW und auch die Justiz als Teilnehmer mit verschiedensten Fahrzeugen und Vorführungen gewonnen werden. Die DPolG war gemeinsam mit der BBBank dabei.



> Im Vordergrund von links: Peter Krebs (DPolG Sachsen), Kerstin Stadler (Kinderhospiz Bärenherz) und Jens Kempe (Filialleiter BBBank Leipzig).

Vom Torwandschießen bis zur Mal- und Bastelstrecke wurde den Kindern viel geboten. Im Vordergrund standen an diesem Tag die Kinder und natürlich auch der karitative Zweck für das Kinderhospiz.

Insgesamt freute sich das Kinderhospiz Bärenherz Leipzig e. V. über eine Spende in Höhe von 1.512 Euro.

Herzlichen Dank an alle fleißigen Helfer!

BTB Sachsen:

Vertrauensleutetreffen

Am 14. Juni 2017 fand das diesjährige Treffen der Vertrauensleute der Gewerkschaft „BTB – Gewerkschaft und Naturwissenschaft im dbb beamtenbund und tarifunion“ in der Liegenschaft des THW Dresden statt.

Bevor aktuelle Fragen diskutiert wurden, besuchten die Vertrauensleute die Feuerwa-

che Albertstadt und erörterten mit Wehrleiter Frank Barwitzki Themen wie Dienstgestaltung und -ablauf, Chancen und Risi-

ken des feuerwehrtechnischen Dienstes und Absicherung im Fall von Dienstunfähigkeit.

Im Anschluss kamen die Tarifverhandlungen 2017 zum TV-L, der Umgang mit der neuen Entgeltordnung zum TVöD-KVA, aktuelle Entwicklungen im Beamtenbereich wie zum Beispiel die Übernahme des Tarifergebnisses oder auch Einblicke in die überregionale

Gewerkschaftsarbeit des BTB Sachsen zur Sprache. Ein Grillabend mit Diskussionen und Erfahrungsaustausch rundete das Treffen der Vertrauensleute ab.

Ein herzlicher Dank geht an unseren Kollegen Klaus Dünzkofer und den Kameraden des THW-Ortsverbandes Dresden, die es uns ermöglichten, unser Treffen dort durchzuführen.



Verband Hochschule und Wissenschaft: vhw – Ihre Fachgewerkschaft

Der Verband Hochschule und Wissenschaft (vhw) ist die für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich zuständige Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion.

Als Mitglied in der Spitzenorganisation dbb ist der vhw bei allen Gesetzgebungsverfahren und Rechtsverordnungen zu Fragen des Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts für Beamte beteiligt. Wir wirken an Tarifverhandlungen für Tarifbeschäftigte mit und nehmen Einfluss auf die hochschulpolitischen Entscheidungsprozesse auf Bundes- und Landesebene.

Als vhw-Mitglied im Landesverband Sachsen können Sie Ihre Rahmenbedingungen im Dienst- und Tarifrecht mitgestalten.

Wofür setzt sich der vhw ein? Er kämpft beispielsweise für verbesserte Arbeitsbedingungen aller Angehörigen des

Wissenschaftsbereiches, die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Lehre und Forschung, eine international wettbewerbsfähige Betreuungsrelation, eine angemessene Gestaltung der Lehrdeputate, die Weiterentwicklung der Entgelt- und Besoldungssysteme einschließlich der leistungs- und belastungsadäquaten Zulagen, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Erhöhung der Transparenz bei der Vergabe von Leistungsbezügen und die Verbesserung der Ruhegehaltsfähigkeit derselben sowie den Ausbau der Kooperationen zwischen den Hochschularten sowie sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen.

> VRFF-Betriebsgruppe Semperoper Dresden

Zu einem informellen Gespräch trafen sich Vertreter des dbb, des SBB sowie der Mediengewerkschaft VRFF – Betriebsgruppe Semperoper am 7. August 2017 in der Landesgeschäftsstelle des SBB in Dresden. Erörtert wurden vor allem Probleme, die die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen an der Semperoper betreffen. Jens Weichelt, stellvertretender Vorsitzender der dbb bundestarifkommission, sicherte weitere Unterstützung zu und es wurde die weitere Vorgehensweise vereinbart.



> Im Bild von rechts: Nannette Seidler (Vorsitzende SBB), Jens Kühn (stellvertretender Vorsitzender VRFF – Semperoper), Uwe Schiebel (Vorstandsmitglied VRFF – Semperoper), Steffen Winkler (stellvertretender Vorsitzender SBB), Jens Weichelt (stellvertretender Vorsitzender der BTK) und Ulrich Hohndorf (Leiter Geschäftsbereich Tarif im dbb).

Die Mitgliedschaft im vhw bietet Ihnen zahlreiche Vorteile wie die Rechtsberatung und Sie bekommen wichtige Informationen und aktuelle Meldungen rund um beamtenrechtliche, tarifrechtliche und hochschulpolitische Fragen und Entwicklungen. Darüber hinaus erhalten Sie die Verbandszeitschrift vhw Mitteilungen und das dbb regional magazin.

Weiterhin bieten wir Ihnen eine Dienstaufpflichtversicherung mit Schlüsselversicherung. Als Mitglied im vhw können Sie alle Vorteile des dbb vorsorgewerk, des Beamtensozialwerkes sowie der dbb akademie nutzen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter <http://www.vhw-sachsen.de/> oder <http://www.vhw-bund.de/>.

Ansprechpartner für unsere Mitglieder in Sachsen ist der vhw-Schatzmeister Wolfgang Kübert (w.kuebert@vhw-bund.de).

*Prof. Dr. Manfred Krüger,
1. stellvertretender Bundesvorsitzender des vhw*

> Glückwünsche

Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen gratuliert herzlich:

Steffen Rauer, GDL

zur Berufung zum ehrenamtlichen Richter beim Sächsischen Landessozialgericht.





Arbeitszeitverlängerung für Lehrer: Vorschlag blitzt ab

Wie kann die Unterrichtsversorgung an den Schulen in Sachsen-Anhalt sichergestellt werden? CDU, SPD und Grüne haben sich in dieser Legislaturperiode auf 3 500 bis 4 000 Neueinstellungen in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen geeinigt. Die dbb Gewerkschaften halten dagegen, dass damit nicht alle ausscheidenden Lehrer ersetzt werden können und die vereinbarte Unterrichtsversorgung von durchschnittlich 103 Prozent nicht erreicht wird.

12

Sachsen-Anhalt

Finanzminister André Schröder (CDU) will die Lehrer zusätzlich zu den Neueinstellungen länger arbeiten lassen und erntet dafür Kritik – von den Gewerkschaften, den Koalitionspartnern und von Parteikollegen.

„Bei uns gibt es massives Unverständnis über die Äußerungen. Sie sind unredlich“, sagte Thomas Gaube, Chef des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt. Empört reagierte Gaube auf den Vorschlag, die Wochenarbeitszeit der Lehrer zu erhöhen. Schröder hatte darauf verwiesen, dass Lehrer in Sachsen-Anhalt mit 21,5 Stunden im Jahr 2011 seltener vor der Klasse standen als Lehrer in den meisten anderen Bundesländern. „Die Gymnasiallehrer gehen 25 Stunden in die Schule. Wenn sie dann mit 22 oder 23 Stunden vor der Klasse stehen, hat das gute Gründe“, entgegnete Gaube. Entweder seien Kollegen in einem Alter, in denen ihnen Ermäßigungen verdientermaßen zustehen, oder sie übernahmen andere wichtige schulorganisatorische oder pädagogische Aufgaben.

Sie leiten Fachschaften oder betreuen Schulpartnerschaften, sind mit Inklusions- und Integrationsaufgaben betraut oder haben Funktionsstellen als Fachbetreuer, Fachseminarleiter oder in der Schulleitung übernommen. Die Äußerungen Schröders erinnerten ihn an die Worte von Altkanzler Gerhard Schröder (SPD). Der hatte Lehrer einst als „faule Säcke“ bezeichnet. Thomas Gaube ist als stellvertretender dbb Landesvorsitzender für die Bereiche Bildung und Wissenschaft verantwortlich.

■ Verfehlte Politik

„Wieder sollen die Lehrer den Kopf hinhalten“ für verfehlte Personalpolitik titelte der Sekundarschullehrerverband seine Pressemitteilung. Zu unterrichten sei der Wunsch jedes Lehrers. Stattdessen schreibe der Lehrer Entwicklungsberichte, nehme an Konferenzen, Fachschafts- und Teamsitzungen teil. „Lehrerverbände fordern schon seit Jahren vorausschauende Planungen für die Lehrerausbildung und -einstel-

lung. In der freien Wirtschaft wäre ein derartiges Personalmanagement undenkbar und ein sofortiger Kündigungsgrund für die Planungsebene“, sagte die Landesvorsitzende des Sekundarschullehrerverbandes, Claudia Diepenbrock.

Mit seinem Vorstoß, Lehrer mehr arbeiten zu lassen, ist Finanzminister Schröder naturgemäß nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch innerhalb der Koalition und in den eigenen Reihen auf Widerstand gestoßen. Bildungsminister Marco Tullner (CDU) sagte: „Die pauschale Anhebung der Wochenarbeitszeit der Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt löst unser Problem nicht. Ich habe dies bereits in der Regierungserklärung am Anfang des Jahres abgelehnt.“ Er wolle mit bezahlter Mehrarbeit Anreize schaffen, freiwillig mehr Stunden zu unterrichten. Mehr Effizienz im System ohne Anhebung der Wochenarbeitszeit sei das Ziel.

Von dem Vorschlag, Mehrarbeit zu bezahlen, hält die Lan-

deschefin des Verbandes der Lehrer an Sekundarschulen wenig. Bezahlte Mehrarbeit könne ein Anreiz sein, die hohen steuerlichen Abzüge für Mehrarbeit machten das Modell unattraktiv, zumal sich diese Stunden auch nicht renten- beziehungsweise pensionssteigernd auswirken. Außerdem gebe es in Sachsen-Anhalt zu wenig junge Lehrer, die freiwillig mehr arbeiten würden. „Unter den jungen Lehrern sind viele Frauen, die gerade in der Familienplanung und damit nur bedingt zusätzlich belastbar sind“, gibt Diepenbrock zu bedenken.

„Das sind alles nur Taschenspielertricks“, kritisiert der Landesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Helmut Pastrik, die Aussagen des Finanz- und des Bildungsministers und lehnt eine Erhöhung der Wochenstundenzahl strikt ab. „Eine Erhöhung der Wochenstundenzahl ist auch kein Hilfsmittel. Die langzeiterkrankten Kolleginnen und Kollegen werden dadurch nicht weniger, sondern mehr. Angesichts eines Altersdurch-

schnitts von mehr als 50plus ist das ganz schlechte bittere Ironie“, so Pastrik.

Lehrer gehören vor die Klassen

Die dbb Lehrerverbände stimmen Finanzminister Schröder vorbehaltlos zu, wenn dieser fordert, Lehrer gehören vor die Klasse, vor die Schülerinnen und Schüler, in den Unterricht. Aber nicht durch die Erhöhung der Pflichtunterrichtsstunden, sondern durch Entlastung von nicht pädagogischen Aufgaben. Philologenverbandschef Gaube fordert: „Stellen Sie endlich ausreichend pädagogische Mitarbeiter und Sozialarbeiter für alle Schulformen ein, schaffen Sie Stellen für Schulleistungsassistenten und die zunehmenden Verwaltungsaufgaben, befreien Sie Lehrerinnen und Lehrer von Wartungsarbeiten für Unterrichts- und IT-

Technik, stattdessen Sie Schulsekretariate bedarfsgerecht mit Personal aus, schaffen Sie Beförderungsstellen für besondere schulische und pädagogische Aufgaben, führen Sie Personal aus schulfremden Verwaltungsbereichen zurück an die Schulen, vergüten Sie freiwillige Mehrarbeit angemessen und entbürokratisieren Sie den Arbeitsalltag Ihrer Lehrkräfte und deren Schulleitungen.“ Das seien effektivitäts- und effizienzsteigernde Maßnahmen, „die Lehrer zurück in die Unterrichtsräume bringen und zusätzlich die Qualität von Unterricht heben, da sich die Kolleginnen und Kollegen wieder auf ihr Kerngeschäft, guten Unterricht, konzentrieren können“.

Schröders Vorschlag, die Wochenarbeitszeit der Lehrer anzuheben, ist auch bei den Koalitionspartnern abgeblitzt. Die Bildungs- und Finanzpolitiker

der SPD-Landtagsfraktion erinnerten daran, dass dieses Instrument bei den Koalitionsverhandlungen im vergangenen Jahr diskutiert und ausdrücklich verworfen worden sei. „Wer die Stundenzahl erhöhen will, muss nachweisen, dass der Vorbereitungsbedarf zurückgegangen ist – daran sind schon andere gescheitert“, sagte der finanzpolitische Sprecher Andreas Schmidt. Die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Angela Kolb-Janssen, forderte von den CDU-geführten Finanz- und Bildungsministerien verlässliche Grundlagen. Das Bildungsministerium solle klar berechnete Bedarfe für die nächsten Schuljahre vorlegen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag ist eine Erhöhung der Lehrerstunden keine Option. In Anbetracht des Altersstruktur- und Krankenstandbedingten Unter-

richtsausfalls sei es eine unzumutbare Forderung, jungen Menschen dieser Belastung zukünftig auszusetzen. Begriffe wie Effizienzsteigerung würden nicht zur Problemlösung beitragen. „Hier geht es um die Bildung unserer Kinder und nicht um die Optimierung von Produktionsprozessen“, kritisierte der bildungspolitische Sprecher der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Wolfgang Aldag: „Die CDU scheint derzeit ideenlos zu sein, wie sie dem Problem der Unterrichtsversorgung begegnen soll. Nun mischt sich der Finanzminister in die Debatte ein. Damit haben wir in der vergangenen Legislaturperiode keine guten Erfahrungen gemacht. Hier entsteht der Eindruck, dass nunmehr auf Kosten unserer jungen Pädagoginnen und Pädagogen Sparpolitik betrieben wird. Darunter wird zweifelsohne die Unterrichtsqualität leiden.“

Polizei:

DPolG für Bodycams

Zahlreichen Datenschützern sind sie ein Dorn im Auge, nach Meinung vieler Polizisten aber längst überfällig: Auch in Sachsen-Anhalt sollen nun sogenannte Bodycams zur Eigensicherung von Polizisten beitragen. Das hat der Landtag entschieden – wenngleich bislang lediglich von einem Modellprojekt die Rede ist.

Auch soll eine individuelle Kennzeichnungspflicht kommen. dbb Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck erklärte dazu: „Die individuelle Kennzeichnung von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten in geschlossenen Einsätzen lehnen wir ab, weil es dafür keinen sachlichen Grund gibt.“ Die CDU mit Innenminister Holger Stahlknecht – in der vergangenen Legislatur-

periode noch eindeutiger Gegner einer Kennzeichnungspflicht – ist vor SPD und Grünen eingeknickt.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat schon vor der Sommerpause den Weg für den Einsatz von Bodycams bei Polizisten frei gemacht. Dabei stimmten die Koalitionsfraktionen von CDU, SPD und Grünen bei Enthaltung von AfD und Linken für eine Novellierung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes (SOG). Die Neufassung sieht unter ande-

rem vor, den Einsatz von Bodycams in einem zweijährigen Modellprojekt in den kreisfreien Städten Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau zu testen. Ebenfalls ist das Tragen eines Namensschilds oder einer numerischen Kennzeichnung bei der Polizei vorgesehen.

Laut Ladebeck, der auch Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) ist, spreche aus sachlicher Sicht gegen eine Kennzeichnung, dass aktuell Polizisten in geschlossenen Einsätzen bereits mit einer landeseinheitlichen taktischen Kennzeichnung ausgestattet seien. Diese ermögliche es, jederzeit die Zugehörigkeit einzelner Einsatzkräfte zu bestimmten Einsatzeinheiten festzustellen. Bei Beschwerden über Fehlverhalten oder bei Strafanzeigen könne sie zur



zweifelsfreien Ermittlung der betreffenden Polizisten führen. Bisher sei dem dbb Landeschef kein Fall bekannt, bei dem beschuldigte Polizisten nicht ermittelt werden konnten.

■ **Deeskalation statt Kennzeichnung**

„Das Vertrauen der Polizei stellt man nicht her, indem man den Polizisten Zahlenfolgen auf den Rücken der Uniform heftet, sondern durch professionelle und vertrauensvolle Arbeit“, sagte Ladebeck. Viele Polizisten hätten das Gefühl, dass sie zu noch deutlicherer Kennzeichnungspflicht gezwungen werden, während Extremisten Gewalt glorifizieren und verummumt zu Demonstrationen erscheinen.

Im Gegensatz zur individuellen Kennzeichnungspflicht begrüßen dbb und DPoIG die Einführung der Körperkamera. „Bei vielen Einsätzen gibt es eine hohe Grundaggressivität. Bodycams dienen in Konfliktsituationen zur Deeskalation, indem aggressives Verhalten gegenüber meinen Kolleginnen und Kollegen allein durch den Einsatz der Kamera unterbun-

den wird“, so Ladebeck. Der Einsatz der Körperkamera sei eine Möglichkeit, Gewalt gegen die Polizeivollzugsbeamten einzudämmen.

SPD-Innenexperte Rüdiger Erben sagte, die Bodycams sollten insbesondere die Sicherheit der Polizisten gewährleisten. Ein Modellversuch in Hessen habe dazu beigetragen, die Sicherheit für die Beamten zu steigern. Er sei davon überzeugt, dass sie ein taugliches Mittel für mehr Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger genauso wie der Polizeibeamten seien.

Grünen-Politiker Sebastian Striegel gestand, zu den Skeptikern von Bodycams zu zählen. Jedoch schaffe die Novelle des Gesetzes Sicherheit und sei rechtsstaatlich sauber gearbeitet. Betroffene hätten zudem die Möglichkeit, die Aufzeichnungen anzusehen und das Vorgehen der Polizei überprüfen zu lassen.

CDU-Politiker Chris Schulenburg erklärte, die Gewaltbereitschaft sei in Großstädten am höchsten. Deshalb habe man sich für die kreisfreien

Städte als Standorte des Pilotprojektes entschieden. „Von einzusetzenden Bodycams erhoffen wir uns natürliche positive Effekte wie etwa eine Verringerung der Angriffe auf Polizeibeamte“, sagte der innenpolitische Sprecher seiner Fraktion.

Für die Linke sagte Innenexpertin Henriette Quade, Bodycams seien überflüssig. Die Aufzeichnung von Bild und Ton schütze nicht vor Übergriffen. Quade: „Die deeskalierende Wirkung von Bodycams ist mehr als fragwürdig und kaum belegbar.“ Denn wenn erstens eine Kamera nur einen Teil der Handelnden filme und von einem anderen Handelnden gesteuert werde, was gefilmt werde und was nicht, dann bleibe die Wahrheit eine subjektive. Zum zweiten sollen Bodycams nur dann zum Einsatz kommen, wenn mehrere Beamte gemeinsam zum Einsatz kommen. Wenn dies der Fall sei, sei die Bodycam schlichtweg überflüssig, weil dann genügend Zeugen für eine eventuell zu verfolgende Handlung anwesend seien. „Wer ernsthaft etwas für Polizistinnen und Polizisten tun will, der küm-

mert sich grundsätzlich um die Personalsituation, um Dienstgebäude, um Schutzausstattung, um Abbau der Krankenstände, um betriebliches Eingliederungsmanagement, um Fortbildung und nicht um Bodycams zulasten elementarer Grundrechte“, so Quade.

Die AfD hingegen begrüße die Initiative. „Wir senden ein klares Ja zum dauerhaften Einsatz von polizeilichen Körperkameras“, sagte Hagen Kohl, Sprecher für Inneres.

Kohl sprach sich jedoch grundsätzlich gegen die Anfertigung von Vorabaufnahmen aus. Als solche werden Aufnahmen bezeichnet, die automatisch entstehen und nicht manuell von jeweiligen Polizeibeamten gestartet werden. Die Rechtmäßigkeit solcher Aufnahmen sei umstritten und liefere in der polizeilichen Praxis wenig Hilfreiches, so Kohl.

Das Pilotprojekt ist bereits im Sommer dieses Jahres gestartet. Die Anschaffung der 50 Bodycams kostet rund 40 000 Euro.

Deutsche Steuer-Gewerkschaft:

Sachsen-Anhalt spart bei den Finanzämtern

Wie überall in der sachsen-anhaltischen Landesverwaltung wurde auch in den Finanzämtern Personal abgebaut. Die Zahl der Mitarbeiter ist von 4 300 auf 3 300 gesunken. Viele Stellen seien über die Jahre nicht nachbesetzt worden. Das Personal insgesamt sei überaltert, so Iris Herfurth, Landesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft gegenüber dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) Aktuell.

In Sachsen-Anhalt können Steuerzahler noch mit einem schnellen Steuerbescheid rechnen, durchschnittlich nach 6,5 Wochen. In Thüringen und

Sachsen dauert es eine Woche länger. Bundesweit liegen die sachsen-anhaltischen Finanzämter auf dem dritten Platz, so eine aktuelle Statistik des On-

lineportals „Lohnsteuer kompakt“. Doch in den kommenden Jahren könnte sich dies ändern. Derzeit liege die Finanzverwaltung Sachsen-An-

halt noch im bundesweiten Durchschnitt. Pro 1 000 Einwohner gebe es 1,5 Mitarbeiter. „Das Verhältnis zwischen dem Personal-IST und der derzeitigen Arbeitslast kann man als auskömmlich bezeichnen“, sagte DSTG-Landeschefin Herfurth. Aber es gebe ein anderes Problem. Viele Stellen seien über Jahre nicht nachbesetzt worden. Das Personal insgesamt sei gealtert. „Der Altersdurchschnitt von 48 Jahren bedeutet natürlich künftig viele Altersabgänge. Da müssen wir schon sehen, dass wir uns verjüngen. Wenn Modernisierung, neue Besteuerungsverfahren auf uns zukommen, müssen wir junges und bereits geschultes Personal haben. Die Berufserfahrung unserer fachlich ver-

sierten Kollegen ist nicht zu verkennen“, so Herfurth, die seit April dieses Jahres auch stellvertretende dbb Landesvorsitzende ist. Für dieses Jahr seien ursprünglich je 40 Plätze für Nachwuchs-Finanzbeamte geplant. Doch um im Haushalt zu sparen, wurde das auf jährlich 20 Neueinstellungen gekürzt. „Im Moment haben wir den Einstellungskorridor um 50 Prozent verringert. Das verschärft unsere derzeitige Situation. Hinter so einer momentanen Entscheidung kann ich als Fachgewerkschaft nicht stehen“, kritisiert Herfurth.

Finanzminister André Schröder (CDU) sieht das Problem eher gelassen. Erst in fünf Jahren

würden besonders viele Mitarbeiter altersbedingt ausscheiden. Mit etwas Vorlauf Sorge man dann für Nachwuchs, so der Finanzminister. „Ab 2020 bis 2022 werden wir mehr Neueinstellungen in der Steuerverwaltung haben, um das auszugleichen. Ich will noch eines dazu sagen: In der Vergangenheit gehörte es zur Personalpolitik, Signale für Fehlverrentung auszusenden.“ Nun würde jede Fachkraft gebraucht. Die Finanzbeamten könnten künftig also nicht damit rechnen, früher in Pension zu gehen.

Sachsen-Anhalt hat „schärfste“ Steuerprüfer

Nachdem der MDR über die Personalsituation und -entwicklung in den Finanzämtern in Sachsen-Anhalt sowie deren Bearbeitungszeiten in den Veranlagungsbereichen positiv berichtete, standen einige Tage später die Betriebsprüfer Sachsen-Anhalts, die von den Medien als bundesweit die „Schärfsten“ bezeichnet wurden, negativ im Fokus. „Das erhitzt natürlich wieder die Gemüter der Öffentlichkeit und unterstellt ein unzulängliches Vorgehen unserer Kolleginnen und Kollegen, die sich doch immerhin nur mit ihrem staatlichen Arbeitsauftrag, Steuern gerecht und gleichmäßig fest-

zusetzen, auf rechtlich abgedecktem Boden statt auf willkürlichen Pfaden bewegen“, so Herfurth. Die Pflicht der Finanzämter sei dafür zu sorgen, dass die Steuerlast gleichmäßig verteilt werde und sich niemand drücke. „Betriebsprüfungen sind nun mal Sache der Länder“, sagte Herfurth.

Landes- und Gemeindekassen profitieren natürlich vom Fleiß der Finanzämter, was für Firmen ein Ärgernis ist, vor allem dann, wenn ein Land streng, ein anderes recht lax vorgeht. „Ein Vergleich des Landes Bayern mit Sachsen-Anhalt kann schon wegen der territorialen Gegebenheiten, der Vielzahl der Betriebe sowie deren Prüfungsturnus nur scheitern.“

CDU-Fraktionsvize und Wirtschaftspolitiker Ulrich Thomas warnt: „Betriebsprüfungen gehören dazu, aber wir müssen Augenmaß bewahren.“ Andernfalls könne sich dies zu einem Standortnachteil für Sachsen-Anhalt entwickeln.

Sven Knöchel, Linken-Fraktionschef, meint hingegen: „Sachsen-Anhalt prüft nicht zu viel, die anderen Länder prüfen zu wenig.“ Knöchel, der selbst zehn Jahre Betriebsprüfer gewesen war, macht das auch an der Personalstärke in den Finanzämtern fest: Sachsen-Anhalt sei gut ausgestattet, habe fast alle Prüferstellen besetzt.

Bayern hingegen erreiche die Sollstärke nur zu 75 Prozent. Dieser leidige Länderwettbewerb könnte gestoppt werden, indem Betriebsprüfungen beim Bund zentralisiert werden.

■ Zentralisierung ist keine Lösung

Bei einigen Politikern kommt schnell wieder der Gedanke der Zentralisierung der Betriebsprüfungen beim Bund in den Blick. Schon Sachsen-Anhalts ehemaliger Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) versuchte jahrelang, die Prüfungen zur Bundessache zu machen, um mehr Fairness in ganz Deutschland zu gewährleisten.

Die Landeschefin der DSTG hält die Zentralisierung für einen falschen Schritt: „Neben immensen Kosten, die für den Aufbau einer solchen Behörde anfallen würden, gehen positive regionale Erfahrungen verloren“, mahnt Herfurth. Einem Unternehmen sei auch regelmäßig rechtliches Gehör zu verschaffen. Daher sei es wichtig, das die Prüfer die wirtschaftlichen Bedingungen in der Region kennen. „So kann zum Beispiel ein Imbissladen in der Börde nicht so kalkulieren wie ein Geschäft in Düsseldorf oder Hamburg“, so Herfurth.

Auch Finanzminister André Schröder (CDU) ist gegen eine Zentralisierung und meint dazu: „Unsere Betriebsprüfer leisten hervorragende Arbeit. Eine bundesweite Vereinheitlichung oder Zentralisierung der Betriebsprüfungen halte ich für nicht zielführend.“

Jeder Betriebsprüfer erwirtschaftet das 10- bis 15-fache seiner eigenen Personalkosten. Allein im Jahr 2016 wurden 136 Millionen Euro Nachzahlungen in die Steuerkasse gespült. Im Jahr zuvor holten die 350 Betriebsprüfer in Sachsen-Anhalt sogar 347 Millionen Euro für die Steuerkasse heraus. ■



Regelschullehrer:

Bessere Bezahlung für alle

Auch Pädagogen mit DDR-Ausbildung bekommen mehr Geld. Das ist das Ergebnis der Tarifverhandlungen zwischen tbb, DGB und der Thüringer Landesregierung.

Es war eine der entscheidenden Einigungen in den gemeinsamen Verhandlungen des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen und der DGB-Gewerkschaft GEW mit der Thüringer Landesregierung zur Verbesserung der Besoldung der Thüringer Regelschullehrerinnen und Regelschullehrer, dass alle diejenigen, die von der Fußnote 13 zur Besoldungsgruppe A 12 erfasst sind, eine Amtszulage erhalten, die die Hälfte der Differenz zwischen A 12 und A 13

ausgleicht, unabhängig davon, ob das zu ändernde Besoldungsgesetz für Beamte unmittelbar anzuwenden ist oder für Tarifbeschäftigte in entsprechender Anwendung gilt.

Nach einigen Irritationen hat Staatssekretärin Gabi Ohler mit Schreiben vom 3. August an den tbb klargestellt, dass sich die Landesregierung an diese Vereinbarung mit den Bildungsgewerkschaften von tbb und DGB halten wird.

Ab 1. Januar 2018 werden folglich alle Regelschullehrerinnen und Regelschullehrer mit einer Ausbildung für mindestens zwei Fächer der Thüringer Stundentafel von der Neueregulierung erfasst sein, ganz gleich, ob mit DDR-Ausbildung oder Ausbildung nach bundesdeutschem Recht. Der vereinbarte erste Schritt beinhaltet die Zahlung einer Amtszulage in Höhe von 255,92 Euro, für beide Statusgruppen in gleicher Höhe. ■

Gymnasiallehrer:

Funktionsstellen gefordert

Die Thüringer Landesregierung hat die Wiederaufnahme der Verbeamtung beschlossen. Die Lehrerverbände des tbb hatten dies schon länger gefordert, um ein Abwandern von Bewerbern oder bereits angestellten jungen Lehrkräften aus Thüringen in andere Bundesländer zu minimieren.

Zudem ist die Landesregierung auf dem Weg, die Regelschullehrkräfte in Thüringen monetär besserzustellen (A 12 mit anteiliger Ausgleichszulage zur A 13), um im Wettbewerb der Bundesländer um Regelschullehrkräfte besser zu bestehen.

Die Einstiegsbedingungen in den Thüringer Schuldienst sind für die Gewinnung von jungen Lehrkräften entscheidend, da Thüringen keine Insel ist. Deshalb wurden beide Maßnahmen auch von Gewerkschaftsseite ausdrücklich begrüßt. Es

gibt jedoch ein ungelöstes Problem: Junge Lehrkräfte beurteilen vor der Wahl für ein Bundesland auch die Aufstiegsmöglichkeiten, die ihnen als berufliche Perspektive geboten werden. Die meisten der anderen Bundesländer weisen eine teils nicht unerhebliche Anzahl von Funktionsstellen im Schulbereich auf.

In Thüringen gibt es im Lehrerbereich derzeit leider lediglich zwei Funktionsstellen: Schulleiter und deren ständige Vertreter. Die fehlenden beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten,

vor allem in Bezug auf die Tatsache, dass Übernahme von Verantwortung sich in Thüringen finanziell bei vielen Aufgaben nicht lohnt, stellen gegenüber anderen Bundesländern ebenfalls einen Wettbewerbsnachteil dar. Deshalb besteht hier dringender Handlungsbedarf.

Vor allem die diesbezüglichen Entwicklungen an den Thüringer Gymnasien in den letzten 26 Jahren sind als höchst problematisch zu bezeichnen. Im Gymnasialbereich gab es im Gegensatz zu den anderen Schularten in Thüringen bis heute keine nennenswerten Zahlen an Höhergruppierungen oder Beförderungen für Lehrkräfte ohne Schulleitungsfunktion. Die erstmalige Ausreichung von Beförderungs- und Höhergruppierungsstellen für Lehrkräfte an Gymnasien ohne die oben genannten Aufgaben erfolgte im Jahr 2009 (mit den anderen Schularten wurde im Jahr 2005 begonnen). Es erfolgten drei Beförderungsrunden bis zum Jahre

2011. Die Anzahl der beförderten beziehungsweise höhergruppierten Gymnasiallehrkräfte blieb folglich in diesen Runden unter 150 Personen, da nicht alle Verfahren erfolgreich durchgeführt werden konnten.

► Beförderungsstau

Ab dem Jahr 2012 gab es aufgrund der vorangegangenen Konkurrentenklagen gar keine Beförderungen oder Höhergruppierungen im funktionslosen Bereich der Gymnasiallehrkräfte (und Lehrkräfte anderer Schularten) mehr. Die Folgen dieser Beförderungspolitik wurden immer deutlicher sichtbar. Für die Bewerbung auf die Funktionsstellen von Schulleiterinnen und Schulleitern an Thüringer Gymnasien oder deren Stellvertretern gab und gibt es nahezu keine Bewerber mehr, die eine A 14 vorweisen können. Aufgrund dessen wurden (dem Beamtenrecht systemwidrig) Bewerber mit A 13 in den Schulleitungsfunktionen bestellt. Das TMBJS versuchte, diese Schulleiterin-



Am 18. August 2017 fand in Erfurt die 2. Sitzung des Landeshauptvorstandes im Jahr 2017 statt. Neben der Beratung zu aktuellen politischen Themen begrüßte der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen (tbb) Evelyn Breitenherdt als neue Vorsitzende des BTE. Zudem gratulierte der tbb Barbara Zwinkau (BDR) zum Vorsitz der Kommission Dienstrecht. Der tbb wünscht alles Gute und freut sich auf eine intensive Zusammenarbeit.



nen und Schulleiter und deren Stellvertreter anschließend in die A 14 zu befördern, um sie dann weiter systematisch in die ihrer Funktionsstelle angemessene Besoldungsgruppe zu bringen. Diese Versuche wurden regelmäßig beklagt und kamen 2013 durch Gerichtsurteile zum Erliegen.

Die zuvor bestellten Schulleiterinnen und Schulleiter sowie deren Stellvertreter steckten damit im Eingangssamt fest und erledigten nun jahrelang ihre Arbeit ohne eine adäquate Besoldung. Neubestellungen von Schulleiterinnen und Schulleitern und deren Stellvertretern konnten in vielen Fällen gar nicht mehr erfolgen, da durch die Änderung der Bewerbungsformalitäten in die systemgerechte Form (A 14 als Voraussetzung für die Funktion eines stellvertretenden Schulleiters/A 15 für die Funktion eines Schulleiters) nahezu keine Bewerber mehr zu finden waren. Die Folgen sind bis heute spürbar. Viele Schulen haben nur noch einen Schulleiter oder einen Stellvertreter. Auf alle anderen Gymnasiallehrkräfte wirken sich die durch nicht stattfindende Beförderungsrun-

den und fehlende weiteren Funktionsstellen gegebene Nichthonorierung von Engagement und Leistungsbereitschaft demotivierend aus. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen stellen sich die Frage, warum sie unter diesen Bedingungen zusätzliche Aufgaben in der Schule übernehmen sollten.

Im Jahr 2017 erfolgte nun die Wiederaufnahme der Beförderungen und Höhergruppierungen durch das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Im Bereich der Regelschullehrkräfte wurde eine nicht unerhebliche Zahl an Beförderungs- und Höhergruppierungsstellen ausgereicht. Im Bereich der Gymnasiallehrkräfte – so wurde es sowohl den Kolleginnen und Kollegen als auch den Interessenvertretungen dargestellt – sollte lediglich die Beförderung/Höhergruppierung von 54 Bediensteten erfolgen, um sicherzustellen, dass die im Eingangssamt A 13 befindlichen bestellten Schulleiterinnen und Schulleiter sowie deren Stellvertreter befördert werden können. Die Ausreichung von weiteren Stellen an Gymnasiallehrkräfte unterblieb

mit dem Hinweis, dass eine Besoldungsgesetzänderung geplant sei. Der Abschluss dieser Beförderungsrunde steht noch aus, da es auch hier wieder Konkurrentenklagen gibt.

■ Bittere Bilanz

Fazit dieser bisherigen Beförderungspolitik an den Gymnasien: Im funktionsstellenlosen Bereich gibt es einen gigantischen Beförderungsstau. Nahezu 99 Prozent der im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen ohne Schulleitungsfunktion werden aufgrund der bisherigen Beförderungsbedingungen mit dem Eingangssamt A 13 auch in Pension gehen.

Dies ist eine einzigartige Situation unter den deutschen Bundesländern. Das Land Thüringen hat es in den vergangenen 26 Jahren nach der Umgestaltung des Schulsystems nicht geschafft, durch Beförderungen und Höhergruppierungen eine Personalentwicklung zu initiieren, die einen Pool an Bewerbern für höherwertige Funktionsstellen im Schulleitungsbereich schafft und zugleich Engagement und Leistung honoriert. Der Frust unter den Kolleginnen und Kollegen über die Beförderungssituation ist alarmierend hoch. Dies ist eine bittere Bilanz. Die funktionslose Beförderung hat durch den entstandenen Beförderungsstau keine Zukunft. Deshalb will die Thüringer Landesregierung die Ämterbündelungen im Schulbereich durch eine Änderung des Besoldungsgesetzes abschaffen. Das betrifft sowohl die Ämterbündelung A 12/A 13 bei Regelschullehrkräften als auch die A 13/A 14 im Gymnasialbereich und im Bereich der berufsbildenden Schulen.

Während sich jedoch bei den Regelschullehrkräften abzeichnet, dass alle künftig eine Besoldungsanpassung in Richtung A 13 (Hälfte des Differenzbetrages) erhalten, ist Gymnasiallehrern das Lachen vergangen. Der Thüringer Philologenverband

hat im Ausgleich für die Abschaffung der Ämterbündelung die Schaffung von mehreren Funktionsstellen an den Thüringer Gymnasien gefordert. Die derzeit geplanten Änderungen beinhalten dies jedoch nicht!

Der Thüringer Philologenverband hat die Landesregierung aufgefordert, sich für ein zukunftsfähiges Personalentwicklungskonzept für Gymnasien durch Schaffung von mehreren Funktionsstellen in einer mittleren Schulleitungsebene einzusetzen. Diese sind wichtig, um berufliche Entwicklungsmöglichkeiten bieten zu können, die für die Gewinnung von Nachwuchsteilnehmern immer wichtiger werden. Ohne weitere Funktionsstellen sind diese nicht gegeben und werden sich zukünftig negativ auf die Gewinnung von jungen Lehrkräften für die Thüringer Gymnasien und weitere Schularten mit gymnasialer Oberstufe auswirken.

Die Schülerzahlentwicklungen und Lehrbedarfe wurden in fast allen Bundesländern inzwischen nach oben korrigiert. Aufgrund dessen und angesichts der Tatsache, dass viele westliche Bundesländer zum Abitur nach 13 Jahren zurückkehren, wird sich in den nächsten Jahren der Wettbewerb der Bundesländer auch um Gymnasiallehrkräfte verschärfen. In Mangelfächern ist der Wettbewerb jetzt schon groß.

Der Thüringer Philologenverband hat die Thüringer Landesregierung deshalb aufgefordert, die Änderung des Besoldungsgesetzes zu nutzen, Funktionsstellen an Thüringer Gymnasien in angemessener Zahl zu schaffen. Bedenkt man, dass es künftig für Thüringer Gymnasiallehrkräfte dauerhaft keine Beförderungsmöglichkeit ohne Funktionsstelle mehr geben wird, dann ist diese Forderung berechtigt und angemessen.

Heike Schimke,
Landesvorsitzende DPhV

42. Deutschlandturnier in Augsburg: Dabeisein ist alles

Einmal im Jahr machen sich über 100 Bedienstete der Thüringer Finanzverwaltung auf den Weg in ein fremdes Land, nun ja, in ein fremdes Bundesland, die Turnschuhe im Beutel, das Mannschafts-T-Shirt frisch gewaschen und Sekt und Bier im Gepäck. Dann geht es gut gelaunt, gewaschen und frisiert los zum alljährlichen Deutschlandturnier der Finanzämter.

Gastgeber des diesjährigen Turniers, das inzwischen gar sein 42. Jubiläum feiert, war die Stadt, in der im Mittelalter die Fugger und Welser von sich reden machten, die ehemals Freie Reichsstadt Augsburg. Ruhm und Klang haben sich in den Zeiten geändert, inzwischen beherbergt Augsburg die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, kurz MAN, daneben das einmal durch die Insolvenz gerutschte Verlagshaus Weltbild und einige Luftfahrtunternehmen. Der gebürtige Augsburger legt Wert darauf, Schwabe zu sein und freut sich, dass der städtische Fußballverein FC Augsburg seit einigen Jahren gut in der Bundesliga mitmischet und der Eishockeyclub Augsburger Panther nicht weniger erfolgreich in der Deutschen Eishockey-Liga, der DEL, ist.

doppelten Sinne. Die Schnürsenkel festgezurr, die Strümpfe hochgezogen, bewegten sich die Thüringer Stollenschuhjünglinge nebst Quotendame mit und ohne Ball dynamisch, elegant, allein mit wenig Erfolg. In der Vorrunde kämpften die Direktionisten gegen vier Mannschaften und einzig Augsburg, die es mit ihrer Gastgeberrolle übergenu nahmen, ließ den Unsrigen mit einem 0:0 immerhin einen Punkt und damit den vorletzten Gruppenplatz. Allerdings hatten unsere Jungs und Mädels mit dem späteren Vierten Offenbach II und den Punktejägern aus Flensburg recht ordentliche Brocken in der Gruppe.

Beim nächsten Mannschaftssport mit Ball ist das Dagegentreten mittlerweile auch er-



Mit Fußball kommen wir gleich zur ersten Sportart, die traditionell beim Deutschlandturnier praktiziert wird. Wie nahezu jedes Jahr liefen für Thüringen auch diesmal die Stulpenträger der Thüringer Landesfinanzdirektion auf und zwar gleich im

laubt, aber sehr unüblich und mindestens ineffektiv. Volleyball wird herkömmlicherweise mit weichen Fingern, harter Hand und sich stetig rötenden Unterarmen gespielt. Angetreten für Thüringen sind das Thüringer Landesrechenzentrum,



die steuertechnisch immerhin die Steuerberechnung betreuen, sowie erneut die LFD. Auch hier bedeutete die Vorrunde für die Thüringer Teams zugleich die persönliche Endrunde, kamen sie doch leider jeweils in ihrer 5er-Gruppe nicht über einen 4. Gruppenplatz hinaus.

Schwerer im Spielgerät machten es die Thüringer Auserwählten den bundesweiten Gegnern im Kegeln. Im 71er-Feld der Damen kegelten sich Andrea Köllner, Susan Boob und Andrea Melzer als beste Thüringerinnen auf die Plätze 7, 17 und 19. Bester männlicher Kegler war Rainer Engel mit dem immerhin ordentlichen 30. Platz. Im Mannschaftskegeln rollten sich die Jenaer Damen auf den 9. und die Geraer Herren auf den 11. Rang.

Kegeln für Große ist Bowling. Da muss man schließlich die schwerere Kugel, pardon: den schwereren Ball wuchten und auch gleich zehn Pins statt nur neun Kegel umhauen. Hier schnitten die Sonneberger Damen, die sich herkömmlich gut mit Spielgeräten auskennen, ordentlich mit einem vorderen Rang ab. Die Bowling-Herren aus Erfurt rollten sich noch vor den Ministeriellen aus Erfurt auf mittlere Plätze.

Weit abseits von Augsburg, nämlich in Oberschleißheim, was circa 60 Kilometer entfernt liegt, kämpften auch im Drachenboot wieder die LFDler für unser Thüringen und auch hier weit abseits von den Medaillenträngen. Als wäre es eine geheime Verschwörung belegten die

> tlv akademie informiert

Das neue Schuljahr hat bereits begonnen, ab heute sind Ihre Schüler wieder im Haus. Auch wir möchten die Gelegenheit nutzen Sie zu Beginn des neuen, Schuljahres auf die Angebote unserer tlv akademie aufmerksam zu machen.

Wir bieten für Sie und Ihre Kollegen Fortbildungsveranstaltungen zu verschiedenen Themen an. Eine Übersicht aller Veranstaltungsthemen finden Sie unter: www.tlv.de/akademie.

Sie möchten eine Veranstaltung selbst in Ihrer Schule organisieren? Gern unterstützen wir Sie dabei. Sprechen Sie uns an.

Im Mai hat der tlv die vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) aufgelegte Broschüre zum Thema Gewalt gegen Lehrkräfte „Das Tabu brechen“ herausgebracht. Gern können Sie diese für nur 3,50 Euro zuzüglich Versand bei uns erwerben.

Sie oder einige Kollegen benötigen noch einen Lehrerkalender für dieses Schuljahr? Jetzt noch schnell bestellen: Thüringer Lehrerkalender 2017/2018 für nur 7,90 Euro zuzüglich Versand.

Haben Sie weitere Wünsche, Ideen oder Vorschläge – wir sind für Sie da.

Ihre tlv akademie

Erfurter Stechpaddeltalente in der 5er-Gruppe, na, welchen Platz?



Im Denksport Schach stand es um Thüringen auch nicht so wirklich gut. Von den 19 angetretenen Mannschaften ordnete sich unsere Auswahl auf einen bemerkenswerten 18. Platz ein.

Auch beim Tennis sind traditionell starke Spieler aus den deutschen Provinzen am Start. Das bekamen die beiden Thüringer Erics hart zu spüren. Für sie war nach der ersten (Rudat) bezie-

hungsweise zweiten Runde (Ackermann) leider Schluss.

Beim Kampf um den kleinen Plastikball, also beim Tischtennis, mussten sich die LFD-Damen und auch die Mühlhäuser Herren jeweils in der Vorrunde geschlagen geben. Die Einzelwertungen nahmen ein ähnliches Ende.

Nun zählt bei solchen Turnieren ja nicht ausschließlich das Er-

gebnis. Vielmehr war die Veranstaltung eingerahmt von einer pompösen Eröffnungszeremonie, bei der löblich die TLRZ-Volleyballer/-innen als Schildträger und Mannschaft den Einzug der Thüringer Gladiatoren verkörperten. Zwei Abendveranstaltungen glänzten zudem mit toller Musik, Licht und Show. Dies endete allerdings früh und jäh kurz nach 22 Uhr, was einen irgendwie an die

längst vergessenen Pubertätszeiten erinnerte, als der gestrenge Vater einen vor der Disko erwartete. Für das nächste Deutschlandturnier, dann schon das 43., freuen wir uns auf den wohlklingenden Dialekt unserer freundlichen Nachbarn in Chemnitz.

*Nicole Siebert,
DSTG Thüringen*



© BLV

Nachruf:

Günter Lederer

Am 14. Juli 2017 ist Günter Lederer im 84. Lebensjahr verstorben. Wir verlieren mit ihm nicht nur unseren Ehrenvorsitzenden, sondern ein bis zuletzt aktives Verbandsmitglied, das sich engagiert für die Belange der Berufsschullehrer eingesetzt hat.

Als es zum Ende des Jahres 1989 möglich wurde, über Veränderungen im System der Berufsausbildung der DDR öffentlich zu sprechen, hat sich Günter Lederer an dieser Diskussion aktiv beteiligt. Glaubte man anfänglich noch, mit Briefen an Verantwortliche im DDR-System Veränderungen anregen zu können, machte sich Anfang des Jahres 1990 die Erkenntnis breit, dass es grundsätzliche Veränderungen sein müssten. Wie diese konkret aussehen sollten, war nur über einen breiten Diskussionsprozess mit allen an Berufsausbildung Beteiligten zu ermitteln. Es waren gewerkschaftliche Vertretungen notwendig, um derartige Diskussionen sinnvoll führen zu können.

Zur Bildung dieser gab es damals, zum Teil noch heute, sehr unterschiedliche Vorstellungen. Günter Lederers bleibender Verdienst ist es, bereits im März 1990 erkannt zu haben,

dass eine Interessenvertretung nur für Berufsschullehrer in Thüringen gebildet werden muss.

Am 12. Mai 1990 wurde diese Interessenvertretung unter der Nummer 12 als „Thüringer Verband der Berufsschulpädagogen“ in das Vereinsregister am Kreisgericht Jena eingetragen. Dieser Verband machte es sich zur Aufgabe, einerseits die Interessen der Lehrkräfte (Theorie- und Fachpraxislehrer) zu vertreten und sich andererseits als Fachverband an der Ausgestaltung eines erneuerten Systems der Berufsausbildung zu beteiligen. Dass diese Idee richtig war, zeigte sich auf der ersten Vertreterversammlung am 30. Juni 1990. Der überwiegende Teil der Delegierten unterstützte diese Grundüberzeugung des damaligen Vorstandes.

Bestärkt in dieser Entscheidung wurde Günter Lederer auch durch den damaligen Präsi-

den des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, den damaligen Vorsitzenden des BLBS, Peter Grothe, und viele weitere Verbandsvertreter.

Diese Kontakte waren im Sommer 1990 nützlich, als das Berufsbildungsgesetz zum 1. September 1990 auch in der DDR in Kraft gesetzt wurde. Damit war klar, es wird in den später zu gründenden „neuen“ Bundesländern ähnliche Strukturen in der beruflichen Bildung geben wie in der alten Bundesrepublik.

Der TVB hat sich damit schnell zu einem gefragten Ansprechpartner in der sich seit 1991 herausbildenden Thüringer Bildungslandschaft entwickelt.

Günter Lederer hat diesen Prozess als Vorsitzender des TVB von 1990 bis 1998 aktiv mitgestaltet und vielfach Akzente gesetzt. Dass es dabei neben Erfolgen auch bittere Niederlagen gab, wird jeder wissen, der

diese Zeiten miterlebt hat. Eine Anerkennung der erfolgreichen Verbandsarbeit des TVB ist auch darin zu sehen, dass der 20. Deutsche Berufsschultag 1997 in Jena erstmals in den neuen Bundesländern stattfand.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstand und dem aktiven Schuldienst als Schulleiter in Jena-Burgau blieb Günter Lederer als Ehrenvorsitzender seinem TVB treu und beteiligte sich weiter aktiv an der Verbandsarbeit.

Ein neues Betätigungsfeld fand er im Kampf um eine gerechte Behandlung der Ostrentner. Unermüdlich machte er über verschiedene Gremien auf die Ungleichbehandlung der Ostdeutschen aufmerksam und setzte sich für Veränderungen ein. Leider hat dieser Einsatz, sicher auch wegen des mangelnden Interesses der Betroffenen, sich aktiv für ihre Belange einzusetzen, nicht zu Veränderungen geführt.

Wir verlieren mit Günter Lederer nicht nur den „Gründungsvater“ des TVB, sondern einen Kämpfer für die spezifischen Interessen der Berufsschullehrer. Ich persönlich habe mit ihm einen sehr engen Freund und Mitstreiter verloren.

*Thilo Helms,
Ehrenvorsitzender BLV*

